

Calmer Saablat

Nr. 142. Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 96. Jahrgang. Mittwoch, 22. Juni 1921.

Verkaufspreis: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Seite 60 Pf. ... Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 12.00 vierteljährlich.

Die englische Weltpolitik.

London, 21. Juni. Lloyd George sagte in seiner Rede auf der Reichskonferenz weiter, die Nationen und die Völker der Welt hätten ihre gegenseitige Abhängigkeit in weit größerem Maße als je vor dem Kriege eingesehen und der Völkerverbund stehe als Zeuge für die Verwirklichung dieser Wahrheit. Es könnten keine Vorschläge für die Wiederherstellung Europas und für einen dauernden Frieden gemacht werden, es sei denn auf der Grundlage der Annahme der Friedensverträge oder auf einem der Verträge. Hier und dort könnten infolge neuer Verhältnisse mit Zustimmung aller Parteien Erleichterungen angenommen werden. Derartige Zugeständnisse seien vorzuziehen und seiner Ansicht nach seien noch andere im Jahre. Wenn der Glaube an die Verträge nicht aufrecht erhalten werde, so werde die Ära der Unordnung, der wachsenden Not und des Krieges fortdauern und die Zivilisation könne sehr leicht durch die Fortdauer solcher Verhältnisse zerstört werden. Bezüglich des Bündnisses zwischen England und Japan sagte der Premierminister: Wir wünschen diese wohlverstandene Freundschaft beizubehalten und auf die Lösung aller Fragen im fernem Osten anzuwenden, wo Japan besondere Interessen hat und wo wir ebenso wie die Vereinigten Staaten gleiche Möglichkeiten und offene Tür wünschen. Es kann der Welt kein größeres Unglück widerfahren, als eine weitere Verschärfung in der Scheidung der Welt nach Westen. Das freundschaftliche Zusammenwirken mit den Vereinigten Staaten ist für uns ein Kardinalgrundsatz. Wir wünschen, mit der größten Republik in allen Teilen der Welt zusammenzuwirken. Wir sind bereit, mit den amerikanischen Staatsbürgern jeden Vorschlag zur Herabsetzung der Zölle zu erörtern, den sie vorzubringen wünschen und wir können uns verpflichten, das keinerlei solcher Vorschläge einen Mangel an Entgegenkommen und Bereitschaft auf unserer Seite finden wird. Indessen verkenne ich nicht, daß die Macht zur See notwendigerweise die Grundlage des Gesamtbestandes des Reichs bedeutet. Wir müssen daher die Maßnahmen in Betracht ziehen, die unsere Sicherheit erfordert. Mehr wollen wir nicht, können jedoch auch nicht mit weniger zufrieden sein. — England treibt also seine bisherige Politik der Ächtung Japans weiter.

Zur auswärtigen Lage.

England und die Vorkriegsforderungen Frankreichs an Rußland.

London, 22. Juni. Reuter erfährt, daß die britische Regierung eine Antwort auf die letzte Note Frankreichs über die französischen Forderungen an Sowjetrußland und über den durch Vermittlung der russischen Handelsmission erfolgenden Verkauf oder die Abtretung von Gütern und Konzessionen an Großbritannien erteilt hat. Die Antwort besagt, die britische Regierung habe von der Erklärung der französischen Regierung Kenntnis genommen, daß diese alle Rechte ihrer Staatsangehörigen wahre. Die britische Regierung weist darauf hin, daß sie bisher kein Erfuchen um Vorzugsbehandlung britischer Forderungen gestellt habe, und wiederholt, die schon von Lloyd George abgegebene Versicherung, daß die französischen Forderungen die Unterstützung Großbritanniens finden würden, falls ein allgemeines Abkommen zwischen Rußland und den Westmächten getroffen werde. — Bekanntlich verweigert Sowjetrußland die Anerkennung der Schulden der alten russischen Regierung an Frankreich, die dadurch entstanden sind, daß die Franzosen den Russen Milliarden für die Ausrüstung ihres Heeres und für die Anlegung strategischer Bahnen an der Westgrenze geliehen haben.

Der Völkerbundsrat und die Französisierung des Saargebiets.

Genf, 21. Juni. Nachdem der Völkerbundsrat verschiedene öffentliche Sitzungen abgehalten hatte, behandelte er heute in geheimer Sitzung die Proteste der deutschen Regierung betreffend die Anwesenheit französischer Truppen und die Gerichtsbarkeit französischer Gerichte im Saargebiet, sowie die Ausweisungen und die Einföhrung der Frankenwährung im öffentlichen Dienste des Saarlandes. Der Präsident der Regierungskommission des Saargebiets, Raoul, verteilte ausführlich die von der französischen Regierung getroffenen Maßnahmen und der Völkerbundsrat stimmte diesen Darlegungen zu. Präsident Raoul suchte die deutschen Proteste u. a. durch den Hinweis zu entkräften, daß die Gerichtsbarkeit der Kriegengerichte durch ein Dekret stark eingeschränkt werde und daß die Ausweisungen zum Teil wieder zurückgenommen werden würden. Er fügte u. a. an, daß ein Dekret die Lücke im Friedensvertrag über die saarländische Nationalität ausfüllen werde, wonach jede im Saarland geborene Person, jeder der am 11. November 1918 rechtmäßig vor niedergelassen hatte und jeder, der 3 Jahre lang im Saargebiet gelebt (Beamte oder kontraktlich verpflichtete Personen nach

einem Jahre), die Staatsangehörigkeit besitzt. In einer Erklärung vor den Pressevertretern rechtfertigte Raoul die Anwesenheit französischer Truppen damit, daß diese keine Okkupationsstruppen mehr seien, sondern Garnisonstruppen und daß die von der deutschen Regierung laut Vertrag geforderte lokale Gendarmerie 400 Mann stark sein müßte, eine Zahl, die für das Budget zu kostspielig sei. — Man sieht, der Völkerbund ist ein ausgeprochenes Instrument der Entente, der alles genehmigt, was dieser paßt. Die französische Gesetzgebung im Saargebiet geht offen darauf aus, die Einbürgerung von französischsprachigen zu erleichtern, deutsche Staatsangehörige hinauszuschieben, und so die Abstammung in 15 Jahren vorzubereiten.

Die von der deutschen Entschädigung ausgeschlossenen Staaten.

Paris, 21. Juni. Wie der „Temps“ mitteilt, haben folgende Mächte keinen Anspruch auf einen Anteil an der von Deutschland zu zahlenden Entschädigung, entweder weil sie keine Schadensersatzansprüche stellten, oder weil sie mit Deutschland vor dem Waffenstillstand sich nicht im Kriegszustand befanden. Es sind dies die Vereinigten Staaten von Amerika, Bolivien, China, Cuba, Ecuador, Guatemala, Haiti, Honduras, Nicaragua, Panama, Peru, Polen und Uruguay.

Anschaffung von Kriegsmaterial in der Schweiz.

Bern, 22. Juni. Der Nationalrat bewilligte einen Kredit von 13,7 Millionen Franken für die Anschaffung von Kriegsmaterial für 1922.

Die angeblichen gegenrevolutionären Bewegungen in Rußland.

Kopenhagen, 21. Juni. „Berlinske Tidende“ wird aus Helsingfors telegraphiert: Nachrichten aus Rußland besagen, daß der Bauernaufstand im südlichen Rußland eine erste Wendung angenommen habe. Die Sowjetregierung habe sich gezwungen gesehen, bedeutende Truppentransporte dorthin abzusenden. General Swirjin habe den Oberbefehl über sämtliche Truppen zur Unterdrückung des Aufstands übernommen. Aus Moskau wird berichtet, daß alle Studenten den Befehl erhalten haben, die Stadt sofort zu verlassen und sie vor dem 14. September nicht wieder zu betreten. Der Befehl wird amtlich mit dem herrschenden Lebensmittelmangel begründet, der wirkliche Grund soll jedoch in der unter den Studenten bestehenden Färgung zu liegen sein. Nach einem von dem Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten veröffentlichten Bericht hat dieses Kommissariat in den ersten vier Monaten dieses Jahres im Ausland 4285 Agenten beschäftigt. Von diesen wurden ungefähr 3000 verhaftet und 14 hingerichtet. 9 Agenten mußten wegen mißbräuchlicher Verwendung staatlicher Mittel verabschiedet werden. Eritische Zeitungen melden, daß die Frau Maxim Gorkis an der russischen Grenze von den Sowjetbehörden bei einem Versuch, Diamanten aus Rußland auszuführen, verhaftet wurde.

Ausland.

Die neue österreichische Regierung.

Wien, 21. Juni. Die Nationalversammlung hat mit 98 christlichsozialen und großdeutschen Stimmen gegen 62 Stimmen der Sozialdemokraten die neue Regierung gewählt. Der neue Bundeskanzler Schöber erklärte im eigenen und im Namen der anderen Mitglieder der neuen Regierung, die Wahl anzunehmen.

Die neue Ministerliste setzt sich wie folgt zusammen: Schöber: Kanzler und Außerer; Breisky: Vizekanzler und Unterrichts; Waber (Großdeutscher): Inneres; Waigoim (Chr.-soz.): Meer; Grimm: Finanzen; Grünberger: Ernährung; Kallaus: Justiz; Ministerialrat Benet: Ackerbau; Sektionschef Rodler: Verlehr; Sektionschef Angerer: Handel; Sektionschef Baur: soziale Verwaltung. — Das neue Kabinett besteht aus Beamten und Fachmännern und je einen Vertrauensmann der Christlichsozialen und der Großdeutschen.

Nachbesteuerung der großen Vermögen in Ungarn.

Budapest, 22. Juni. Der Finanzminister unterbreitete dem Parlament einen Gesetzentwurf, wonach von allen eine Million Kronen übersteigenden Vermögen, die vom 1. Juli 1914 bis zum 1. März 1921 erworben worden sind, eine Vermögensabgabe nochmals zu entrichten ist.

Reise des englischen Königspaares nach Irland.

London, 22. Juni. Die Abreise des britischen Königspaares nach Irland ist das Hauptthema der gestrigen Abendblätter. „Evening Standard“ schreibt, in den nächsten zwei Tagen würden alle Augen auf Irland gerichtet sein. — Bei der Abreise des Königspaares sang eine riesige Menschenmenge auf dem Bahnhof die Nationalhymne und rief dem Königspaar glückliche Reise zu. In Belfast sind, wie die Blätter melden, vom Militär und der Polizei ganz außerordentliche

Schutzmaßnahmen getroffen worden. Von gestern abend bis Donnerstag morgen mußten alle Zugänge zu den Häusern der Häuser, die in den Straßen liegen, durch die sich das Königspaar begibt, gesperrt sein.

Weiterer Rückgang des englischen Außenhandels.

Der Wert der englischen Einfuhr im Mai betrug 86 308 308 Pfund Sterling gegen 9 995 504 Pfund Sterling im April. Im Vergleich zum Mai des Vorjahres bedeutet das einen Rückgang um 80 105 724 Pfund Sterling. Die Ausfuhr belief sich im gleichen Monat auf 43 088 418 Pfund Sterling gegen 59 867 585 Pfund Sterling im April. Gegen den gleichen Monat des Vorjahres bedeutet das einen Rückgang um 76 231 004 Pfund Sterling. Die Wiederausfuhr betrug 7 231 836 Pfund Sterling, das sind 13 028 200 Pfund Sterling weniger als zur gleichen Zeit des Jahres 1920. — Sowohl die Einfuhr als auch die Ausfuhr bewegen sich danach noch immer rückwärts. Auch ist der Rückgang der Ausfuhr noch immer ausgeprägter als in der Einfuhr.

Zur Lage in Oberschlesien.

Volschewisierung des Aufstandes?

Berlin, 22. Juni. Der obereschlesische Berichterstatter des „Berliner Lokalanzeigers“ berichtet ausführlich über die immer weiter um sich greifende Volschewisierung der obereschlesischen Aufstandsbewegung. In Gleiwitz befindet sich eine kommunistische Zentrale, die mit unbefrähkten Mitteln arbeitet. In den letzten zehn Wochen seien rund 15 Millionen Mark für kommunistische Propaganda ausgegeben worden. In verschiedenen Orten seien sogenannte „Verfügungen“ des Arbeiterkomitees ergangen, auf keinen Fall die Waffen abzugeben, da in kurzer Zeit die Befreiung von der Kapitalistenherrschaft vor der Tür stehe. Viele der auf Anordnung der Entente-Kommission neu errichteten Ortswehren, die sich aus polnischen Insurgenten zusammensetzen, trügen rote Fahnen und bezeichneten sich als die Herolde der kommenden Räterepublik.

Ein Hilferuf der Bevölkerung von Kattowitz.

Breslau, 21. Juni. Die Stadt Kattowitz hat an den Regierungspräsidenten in Oppeln, an das Auswärtige Amt in Berlin, an den Reichstag, an den preussischen Landtag und an den deutschen Bevollmächtigten in Oppeln einen Hilferuf gerichtet, worin die herrschenden Zustände geschildert werden. Zum Schluß heißt es: Mit allerhöchster Beforgnis sieht die Bevölkerung der nächsten Zukunft entgegen, denn man fühlt sich unter den obwaltenden Umständen, deren Besserung noch nicht abzusehen ist, allgemein vogelfrei.

Behinderung der Kohlenabfuhr.

Beuthen, 21. Juni. In verschiedenen Orten hat sich die auf den Halben lagernde Staubkohle entzündet. Die Gefahr, daß die Halbenbrände sich zur Katastrophe auswachsen, wird von Tag zu Tag größer.

Hindenburg, 21. Juni.

Infolge der völligen Verlethesetzung auf den Gruben und Kokswerken sind die Stapelplätze überfüllt. Die Förderung der Gruben ist daher eingeschränkt und zahlreiche Koksöfen müssen kaltgestellt werden. Einige Koksöfen sind bereits in Brand geraten.

Immer nur Pläne und keine Ausführung.

London, 21. Juni. Reuter erfährt, daß von der Interalliierten Kommission ein Plan für die fortschreitende Zurückziehung der Polen und Deutschen in Oberschlesien entworfen worden ist, der gegenwärtig mit beiden Parteien erörtert werde. Im übrigen sei die Lage unverändert.

Berlin, 21. Juni.

Die „Vossische Zeitung“ schreibt, daß sich der Präsident der Abstimmungskommission in Oppeln, General Leonard, auf den Standpunkt gestellt habe, daß das Nämungsversprechen Korfantys ernst zu nehmen sei. Es handele sich um eine neue sechsentägige Frist, in der die Entente-Kommission zeigen soll, ob es ihr wirklich gelingt, ohne Anwendung von Zwang die Liquidierung des Aufstands zu erreichen. Es sei anzunehmen, daß der Zwölferauschuß im Einvernehmen mit den Führern des deutschen Selbstschutzes den Forderungen der Entente-Kommission nachkommen werde. Sowohl der französische Volschaffer in Berlin, Laurent, als auch der englische Geschäftsträger hätten gestern in freundschaftlicher Form der Reichsregierung den Rat gegeben, auf den Zwölferauschuß zu Gunsten der Annahme der Vorschläge der interalliierten Kommission einzuwirken.

Reichsmittel zur Linderung der Not in Oberschlesien.

Berlin, 22. Juni. Nach Mitteilung der Blätter hat die Reichsregierung zur Linderung der dringendsten Not in Oberschlesien 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, die durch einen besonderen Staatskommissar an die bedürftigen Kreise der in deutscher Hand befindlichen Gebiete Oberschlesiens verteilt werden.

X. 119.
let in Calw
thüllung
rtafel
Kameraden
s Bataillons her
rden.
Stadtkirche.
usammensein
of
hnen Kameraden
inwohnen.
ollen bei Kamerad
is zum 10. Juli
ten, zum ehrenden
Orden und Ehren
schößlichen Gruß
tueff.
G.
den Sendungen
te
urger- und
Käse
ten
Käse
r Käse
terkäse
afelbutter
ten.
junior.
Stuttgart
schön und gut.
tenmann, Leder
str. 91
al. Zwiebel
empfehl
r. Pfommer, War
Altburg.
annkuch & Co.
Frish
eingetroffen!
Pyramiden-
fliegen-
fänger
mit Gift
Stück 45 Pf.
annkuch & Co.
G. m. b. H.

